

## 35 Jahre Hochschulreform ...in Chile



### 100 JAHRE FRAUEN:

Über 50 % aller Studis sind Frauen. Warum das Ziel dennoch fern ist: **Seite 3**

### 10 JAHRE BACHELOR:

Eine verkorkste Studienreform bringt auf neue Ideen und erinnert an alte Kritik. **Seiten 6 bis 9**

### 60 JAHRE FU:

Was es außer Dutsche noch so gab, lässt sich jetzt nachlesen. **Seite 11**

### ARBEITSKAMPF:

Neuigkeiten zu den Tarifverhandlungen beim Studentenwerk: **Seite 10**

## editorial

35 Jahre ist es her, dass der maßgeblich aus der USA unterstützte Militärputsch in Chile die Hoffnung auf einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz bis auf weiteres vertagte. Wen der Prager Frühling, 5 Jahre davor, noch nicht endgültig ernüchtert hatte, was die Möglichkeit eines dritten Weges zwischen den konkurrierenden Systemen anging, ist mit dem Tod Allendes wohl endgültig aller Ideale beraubt worden.

18 Jahre nach dem Ende des Ostblocks nun sieht es so aus, als würde nachlaufend doch noch ein Mittelweg zwischen den Systemen eingeschlagen: Die Segnungen privaten Profitstrebens, verbunden mit einem Überwachungsstaat, der der Stasi imponieren würde. Und wenn erst alle Banken verstaatlicht sind, erlebt vielleicht sogar die Stamokap-Fraktion ihre Auferstehung. Das läuft natürlich alles nicht ganz so, wie es sich einige unserer Eltern mal erträumt haben, aber hey, das Motto der Zeit ist ohnehin das Mantra bürgerlichen Mittelmaßes: „Man kann nicht alles haben.“

Herzlich willkommen im neuen Semester und viel Spaß beim Punktesammeln.

HUch!

*Coverboy: Augusto Pinochet (sitzend), chilenischer Hochschulreformer der besonderen Art*

## inhalt

- 3 Feindliche Übernahme**  
100 Jahre Frauen an der Uni
- 4 Reform mit Waffengewalt**  
Hochschulen in Chile
- 6 Punkt für Punkt**  
Bitteres Ende der Studienreform
- 8 Vorher gewußt**  
10 Jahre Kampf gegen den BA
- 9 Eine Reform ist eine Reform...**  
Studiengebühren sind out
- 10 Mensa zu?**  
Arbeitskampf im Studentenwerk
- 11 Alles nur 68?**  
FU-Geschichte andersrum

# Ständische Vertretung

## Neues aus StuPa und RefRat



Auch ReferentInnen und StuParlamentarierInnen fliehen zur vorlesungsfreien Zeit Hochschule und Stadt. Allein die Beratungssysteme laufen, je näher das neue Semester rückt, so richtig warm. Da wollen Möchtegern-Erstis wissen, wie sie nach einer Ablehnung doch noch an einen Studienplatz kommen, und wenn sie es geschafft haben, wie ein BAFÖG-Antrag ausgefüllt wird. Beratungen in Prüfungsangelegenheiten nehmen zu und Rat in sozialen Notsituationen, Arbeits- und Verwaltungsrecht wird sowieso immer gebraucht. Spätestens ab Mitte September fahren die Organe der Studierenden-

schaft langsam wieder auf Normalbetrieb, müssen die ersten regulären Termine doch vorbereitet werden. Zum Beispiel die erste **StuPa-Sitzung am 16. Oktober**, 18.30 Uhr im Audimax (die nächste ist am 17.11.).

Am **22. Oktober findet der Alternative Bildungsgipfel** in Dresden statt. Dabei handelt es sich um eine eintägige Gegenveranstaltung zum Bildungsgipfel der Bundesregierung mit Workshops, Kundgebungen, Demo, pipapo. Die Berliner Landes-ASTen-Konferenz hat Busse organisiert. Die Mitfahrt ist kostenlos. Das gesamte Programm kann unter <http://bildung2008.de.vu> eingesehen werden. Anmeldungen nimmt der AStA der ASFH entgegen unter [vorsitz@asfh-berlin.de](mailto:vorsitz@asfh-berlin.de)!

Im Rahmen des hundertjährigen Jubiläums von studierenden Frauen an Berliner Universitäten finden in den nächsten Monaten verschiedene Veranstaltungen statt, die sich mit der Universitätsgeschichte und Perspektiven kritischer Wissenschaft beschäftigen. Initiiert vom Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien werden eine Podiumsdiskussion, eine Filmveranstaltung und ein Kolloquium stattfinden. Von Studierendenseite wird es eine Ausstellung geben, die sich mit **historischen, biographischen und wissenschaftskritischen Perspektiven von Frauen** beschäftigt. Infos: [www.gender.hu-berlin.de/aktuell/100\\_jahre\\_frauen/](http://www.gender.hu-berlin.de/aktuell/100_jahre_frauen/)

Anonsten vergesst nicht, auf der **Semestereröffnungsparty am 18.10.** vorbeizuschauen (Daten auf der Rückseite). Das kommende Semester wird ernst genug, so ein bißchen abfeiern davor und zwischendurch kann da nicht schaden.

In diesem Sinne sei hiermit schon mal ein vorsorgliches Helau und Alaaf zur Kenntnis gegeben.



### schau mal rein.

Die HUCH! als Zeitung der studentischen Selbstverwaltung ist ein Raum, selbstbestimmt, diskussionsfreudig und meinungsstark zu hochschulpolitischen Fragen und darauf aufbauend auch zu anderen relevanten Themen Stellung zu beziehen.

Wer also Lust und Energie mitbringt, eine Zeitschrift zu machen, etwas mitzuteilen hat oder einfach nur mal schauen möchte, ob das Spaß macht, schickt einfach eine Mail oder schaut im RefRat vorbei.

[huch@refrat.hu-berlin.de](mailto:huch@refrat.hu-berlin.de)



# Feindliche Übernahme?

Der Versuch nachzuweisen, dass Frauen von Natur aus nicht für ein Studium geeignet sind, erscheint heute anachronistisch. Der Schatten dieses Unfugs liegt jedoch auch nach 100 Jahren schwer über der Universität. VON HANNAH BLUM UND NELO LOCKE

Im Wintersemester 1908 wurden Frauen an der Friedrich-Wilhelms-Universität (heute Humboldt Universität zu Berlin) das erste Mal zu einer akademischen Ausbildung zugelassen, mit der Möglichkeit einen Abschluss zu erwerben. In diesem Semester immatrikulierten sich ganze 413 Frauen. Der Kampf um den Zugang zum Studium fand innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung schon seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts statt.

In der damaligen Diskussion ging es vor allem um die Fragen ob und unter welchen Bedingungen Frauen zum Studium zugelassen werden könnten. Ihnen wurde die Fähigkeit zur Intellektualität abgesprochen und unterstellt, sie seien zu emotional und daher unwissenschaftlich. Damit einher ging die Befürchtung, sie würden den Wissenschaftsbetrieb durch ihre Anwesenheit sittlich und moralisch gefährden. Und für die Frauen selbst wurde befürchtet, dass ihre Weiblichkeit verelende, soll heißen, dass sie unfruchtbar werden würden. Dadurch, dass die Frauen selbstbehauptet in die Universitäten einzogen, warfen sie also die tradierten Vorstellungen von Weiblichkeit über den Haufen. Durch die Eroberung dieser Männerdomäne schienen die Grenzen von Männlichkeit und Weiblichkeit, d.h. Öffentlichkeit und Privatheit, fließend zu werden. Für die ersten Absolventinnen bedeutete ihr Studium jedoch nicht, dass sie auch den Übergang in ihren Beruf schaffen konnten. Unter anderem die Angst vor der weiblichen Konkurrenz verhinderte den Zugang zum Arbeitsmarkt. Um die Frau außerdem als Produzentin von Wissenschaft anzuerkennen brauchte es zusätzlich Zeit.

Heute ist es selbstverständlich, dass Frauen studieren. Über die Hälfte der Studierenden an deutschen Universitäten sind Frauen. Weshalb aber liegt bei den C4- und C3-Professuren im Bundesdurchschnitt (2005) der Anteil von Frauen bei nur 10 Prozent?

Die Universität ist bis heute von männlichen Sichtweisen auf Wissenschaft geprägt. Die Aufarbeitung dieser Struktur begann erst in den 1980er Jahren und ist bis heute eine Randdisziplin, vertreten durch die Gender Studies. Dort wird versucht, eine Geschlechtlichkeit in Wissenschaft aufzudecken, die männliche, weiße, heterosexuelle Sichtweisen in wissenschaftliche Arbeiten hineinträgt. Damit wird der Objektivitätsanspruch von Wissenschaft an sich angegriffen. In universitärer Forschung, die den eigenen Anspruch, und woraus er entstanden ist nicht hinterfragt, kann mit einer solchen Kritik jedoch nur wenig angefangen werden. Es ist nicht zu leugnen, dass die stereotypen Vorstellungen von Frauen als emotional und unwissenschaftlich bis heute, wenn auch für gewöhnlich subtiler, fortbestehen.

Alltägliches Beispiel ist die unterschiedliche Bewertung von erfolgreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Eine Frau, die sich auf ihre Karriere konzentriert, wird leicht zum Mann-Weib stilisiert und die Tatsache, dass sie nicht (nur) ihre Mutterrolle erfüllt, wird negativ bewertet. Dieser Anti-Frau steht im universitären Kontext kein männliches, ähnlich konnotiertes Pendant gegenüber. Durch solch einseitig negative Rollenzuschreibung wird Frauen eine Selbstbehauptung in der Uni erschwert.

Spannend ist auch der Blick in die Studienrichtungen, in denen Frauen vornehmlich vertreten sind. Es gibt noch immer ‚klassische Frauenfächer‘, zum Beispiel Sozialwissenschaften und Germanistik. Auffallend ist, dass dort trotzdem mehr Männer die Professuren inne haben. Der Grund liegt sicher nicht darin, dass viele Germanistinnen nach ihrem Studienabschluss einfach keine Lust mehr hatten, weiter wissenschaftlich tätig zu sein.

Um nicht dem Trugschluss zu erliegen, das eigene Geschlecht spiele heute keine Rolle mehr im Wissenschaftsbetrieb, ist eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Geschlechterpolitik an den der Universitäten notwendig. Nachdem vor hundert Jahren Männer den Frauen *erlaubt* haben in die Universitäten zu kommen, kommt es darauf an, dass Frauen als selbständige Akteurinnen endlich tatsächlichen Einfluss in der Wissenschaft ausüben und die eigenen Rollen selber neu *bestimmen*.

Die Universität ist kein Ort, der jenseits der gesellschaftlichen Verhältnisse steht, vielmehr finden wir hier einen Mikrokosmos der Gesellschaft vor. Demnach sind auch die Rollen und Verhältnisse vorhanden, die wir überall finden können. So wie der Wissenschaftsapparat bis heute aufgebaut ist, werden hier beispielsweise Sexismen eher gefestigt und tradiert, als dass sie beseitigt werden. Die bis heute männlich dominierte Wissensvermittlung und die kaum hinterfragten Vorstellungen von Objektivität sind fester Bestandteil des Studienalltags. Langfristig wird es für das wissenschaftliche Arbeiten notwendig sein, die Aufarbeitung der Geschlechterrollen in der Lehre und Forschung in den allgemeinen Forschungskanon zu integrieren, um eine angemessene Anerkennung von Geschlecht als wirkmächtige Kategorie in der Wissenschaft zu gewährleisten. Jedoch wird selbst diese niedrigschwellige Forderung im Wissenschaftsapparat keinen Anklang finden.

Es stellt sich also weiterhin die Frage, wie Frauen gleichberechtigt in die Uni eingebunden werden könnten. Die Geschichte der letzten hundert Jahre hat gezeigt, dass es mit der Erlaubnis am Uni-Alltag teilzunehmen allein nicht getan ist.

## Zum Weiterlesen

„Von der Ausnahme zur Alltäglichkeit. Frauen an der Berliner Universität Unter den Linden“ Hg: Ausstellungsgruppe an der HUB und Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung. 2003, Berlin

# Reform mit Waffengewalt

Am 11. September 1973 beendete in Chile ein Militärputsch die Regierung des demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende. Das Land wurde in den folgenden 20 Jahren ein Versuchslabor für die neoliberale Umgestaltung der Wirtschaft, des Sozialsystems und - der Hochschulbildung. VON HANNAH CAROW

Neben Umsturz, Verhaftungen, Mord und der Einrichtung eines Konzentrationslagers im chilenischen Nationalstadion, war eine der ersten Amtshandlungen der Militärjunta unter Augusto Pinochet Ugarte die Schließung der Hochschulen des Landes - für sechs Monate. Nicht ganz zufällig sahen die Putschisten des 11. September in der liberalen akademischen Elite des Landes und vor allem ihres Nachwuchses eine gefährliche Gegnerin ihrer Blutkur.

## Land und Hochschulen bis 1970

Bereits unter der christdemokratischen Regierung Eduardo Frei (1964-70) hatte ein massiver Ausbau der bis dahin zwar viel gelobten, jedoch nur für wenige zugänglichen Hochschulbildung stattgefunden. Das chilenische 1968 sah eine starke sozialistische und liberale Studierendenbewegung, die auf eine lange Tradition progressiver Bildungstheorien zurückschauen konnte. Die Pädagogin Amanda Labarca, wie auch ihr Kollege Luis Emilio Recabarren oder die Feministin und studentische Aktivistin Haydée Alarcón hatten bereits in den 1930er Jahren für reichlich Unruhe gesorgt.

Wie auch in Europa fiel die studentische Bewegung Mitte der 1960er Jahre auf fruchtbaren Boden. Sie war dabei jedoch sehr viel enger mit der gut organisierten und teils sehr militanten IndustriearbeiterInnenschaft verbunden. Die Proteste gegen die christdemokratische Regierung waren geprägt von einer sozialen und kulturellen Umbruchstimmung, die auf ihre Weise die Zerrissenheit des auf der einen Seite hoch entwickelten, an Rohstoffen reichen, auf der anderen Seite bitter armen Landes, widerspiegelte.

Frei konzentrierte sich vornehmlich darauf, die Großindustrie aus den Händen der vormaligen Kolonialmächte in die der einheimischen ökonomischen Elite zu überführen, gewissermaßen eine Nationalisierung ohne Verstaatlichung herbeizuführen. Die damit von der Wohlstandsvermehrung ausgeschlossenen Massen wandten sich der Unidad Popular zu, einem Mehrparteienbündnis unter der Führung Salvador Allendes, das nicht, wie oft kolportiert, von marxistischen Hardlinern dominiert war. Vielmehr handelte es sich um einen recht bunten Zusammenschluss verschiedener linker Strömungen.

An den Hochschulen und in der Studierendengewerkschaft FECH war der Einfluss der Unidad Popular, wie auch ihrer Vorgängerorganisationen groß. Die selbst für heutige deutsche Standards überaus demokratische Organisationsstruktur der Hochschulen ab Mitte der 1960er, ihre Autonomie, bei gleichzeitiger staatlicher Finanzierung waren der ideale Brutkasten für eine Generation politisch engagierter Studierender. Insbesondere die Universidad de Concepción und die Universidad Técnica del Estado waren Hochburgen der chilenischen Linken.

## Die Unidad Popular bis 1973

Mit dem Wahlsieg Allendes 1970 wurde die zaghaft begonnene Öffnung der Hochschulen mit aller Kraft vorangetrieben. In nur zwei Jahren wurde die Zahl der an staatlichen Hochschulen immatrikulierten beinahe verdreifacht. Insbesondere Studienwilligen aus der unteren Mittelschicht und noch ungünstigerer sozialer Herkunft wurde die Aufnahme eines Studiums erleichtert.

Die gleiche Zeit sah die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und darauf folgend Handelsembargos der USA und ihrer Verbündeten. Gleichzeitig nahmen die Konflikte zwischen der radikalen Linken und restaurativen Kräften, bis hin zu offen faschistischen Gruppen, zu. Sabotageakte, Mordanschläge (unter anderem auf den regierungstreuen Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Schneider) und inszenierte soziale Proteste waren an der Tagesordnung. Eine galoppierende Inflation traf wiederum die Ärmsten. Die unter Präsident Bill Clinton veröffentlichten Akten der us-amerikanischen Geheimdienste belegen, dass die bis 1973 das Land destabilisierenden Streiks der Fuhrunternehmer, Sabotageakte und der Putsch vom 11. September selbst, maßgeblich von außen finanziert und geplant wurden.

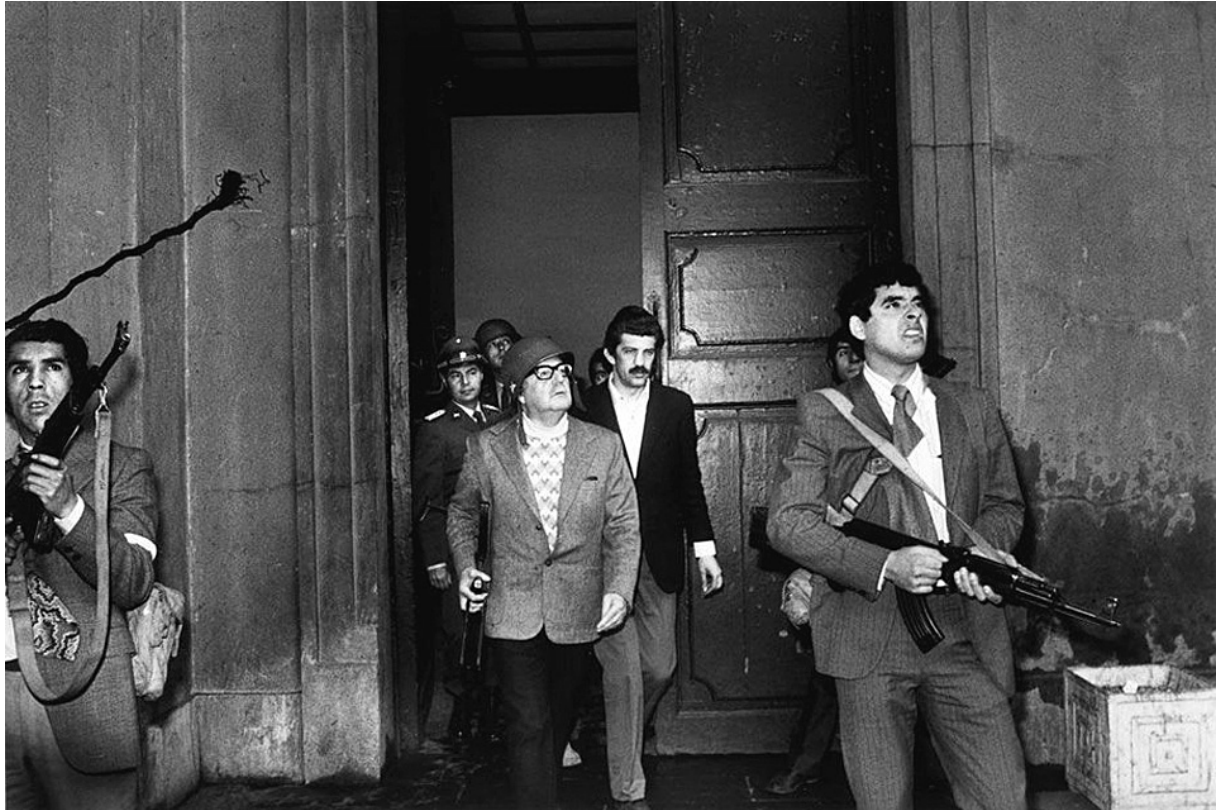
Trotz der chaotischen Zustände im Land konnte die Unidad Popular ihre Wahlerfolge ausbauen, ein für September 1973 geplantes Referendum über Allende hätte vermutlich eine Bestätigung seiner Politik durch die Wahlberechtigten zur Folge gehabt - doch sollte es soweit nicht kommen. Die Analogien zur heutigen Situation in Bolivien sind offensichtlich, die Unterstützung Evo Morales' durch seine lateinamerikanischen Amtskollegen hat viel mit der Erinnerung an Chile 73 zu tun.

Wie beschrieben überrascht es kaum, dass Allende und die Unidad Popular bis zum Schluß treue AnhängerInnen an den Hochschulen hatten. Nicht wenigen Studierenden war schließlich nur durch die sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen dieser Regierung der Hochschulzugang ermöglicht worden.

Neben der Moneda, dem Präsidentenpalast, der erst nach der Bombardierung durch die chilenische Luftwaffe eingenommen wurde, war die Besetzung der Universidad Técnica die langwierigste militärische Aktion des Putsches. An deren Ende stand neben anderen die Verhaftung des populären Musikers und Regisseurs Victor Jara, der wenige Tage darauf im Nationalstadion brutal ermordet wurde.

## Hochschulen im Belagerungszustand

Die im Frühjahr 1974 wieder eröffneten Hochschulen boten ein Bild der intellektuellen Verwüstung, von der sie sich bis heute nicht erholt haben. Der Putsch wird häufig als einer der unblutigsten in der langen Reihe südamerikanischer militärischer Umstürze beschrieben. Das ist wohl war. Kaum ein anderer Coup war bis dato derart gut geplant und durchgeführt worden. Unter den rund



Pressefoto des Jahres 1973: Präsident Allende (Mitte mit Helm) kurz vor seinem Tod bei der Verteidigung der Moneda

3200 mit Sicherheit bestätigten Todesopfern der Militärdiktatur befinden sich auffällig viele ÄrztInnen, LehrerInnen und andere hochqualifizierte Fachkräfte. Bereits am 11. September 1973 wurde das Land mit Steckbriefen überschwemmt - die Hetzjagd auf liberale, linke oder gar kommunistische Intellektuelle war eröffnet. Zehntausende wurden eingekerkert, gefoltert, ins Exil gezwungen.

An den chilenischen Hochschulen wurden Militärposten installiert, Sicherheitskräfte in Uniform und Zivil waren permanente Begleitung des Studienalltags. Jede Form von Protest, kritischer Wissenschaft, Organisation oder kultureller Dissidenz sollte im Keim erstickt werden.

Damit einher ging die Zerschlagung der Hochschulen als Orte selbstorganisierter, demokratisch verfasster Wissensvermittlung. Die staatliche Forschungsförderung wurde bis 1980 fast völlig eingestellt, Studiengebühren eingeführt, deren Höhe es selbst der insgesamt recht dünnen Mittelschicht des Landes annähernd unmöglich machte, ihren Kindern ein Studium zu ermöglichen.

Der von Gewerkschaften und politischen Parteien ungestörte neoliberale Laborversuch der Junta mithilfe der sogenannten Chicago-Boys (aus der Schule des marktradikalen Wirtschaftstheoretikers Milton Friedman) forderte seinen Tribut. Lebten 1973 rund 25% der Chilenen unter der Armutsgrenze, waren es 1989 über 40%. Das Einkommens- und Wohlstandsgefälle in Chile ist auch heute noch eines der größten der Welt. Doch auch in den Kategorien neoliberaler Reformgläubigkeit ist die Totalprivatisierung des Landes vollkommen gegen die Wand gefahren. 1983 war die Produktivität Chiles auf das Niveau von 1950 gefallen, die Arbeitslosenquote war entsprechend auf 34% gestiegen. Um den völligen Bankrott zu verhindern begann die Junta selbst Anfang der 1980er Jahre mit der Reverstaatlichung - ausgerechnet im Bankensektor. Pinochet sah seinem Ende entgegen.

Unter diesen Bedingungen begannen vormals mit Berufsverboten belegte und exilierte AkademikerInnen

das neoliberale Heilsversprechen beim Wort zu nehmen und gründeten Privathochschulen, um den zum Himmel schreienden Mangel an hochwertigen geistes-, kultur- und kunstwissenschaftlichen Bildungsangeboten zu beheben. Die beiden bekanntesten, die Universidad Artes y Ciencias Sociales und die Universidad Academia de Humanismo Cristiano können inzwischen fast die Hälfte ihrer Studierenden mit Stipendien unterstützen.

### Nach Pinochet

Das Erbe der 1990 beendeten Diktatur spüren die Studierenden und Studierwilligen des Landes bis heute. Die Studiengebühren sind immer noch astronomisch hoch, die Aufnahmebedingungen schließen Testverfahren ein, die ohne professionelle und kostspielige Vorbereitung kaum durchzustehen sind. Das zur Gegenfinanzierung entwickelte System der Studienkredite ist unter anderem Vorbild für das australische und in Teilen das deutsche System geworden und hat nur eines zur Folge: eine verschärfte soziale Auslese. Mit der Demokratisierung des Landes und seiner ökonomischen Stabilisierung verfestigt sich zwar zaghafte eine bürgerliche Mittelschicht, Hochschulbildung bleibt aber weiterhin ein großes finanzielles Risiko; für die Familien aus den städtischen Armenvierteln, die indigene Bevölkerung und die bäuerliche Unterschicht liegt sie außerhalb des Vorstellbaren.

Erst mit der Bildungsreform 2002 wurde ein ernstzunehmender Versuch unternommen, einheitliche Bildungsstandards zu entwickeln und den Zugang zu wenigstens grundständiger Bildung unabhängig von der sozialen Herkunft zu ermöglichen. Gegen die schleppende Umsetzung der Reform und die miserable Ausstattung der Schulen protestierten 2006 bis zu 600.000 SchülerInnen über mehrere Wochen. Ob dort der Grundstein für eine neue politisch engagierte und progressive Studierendenbewegung gelegt wurde, werden die kommenden Jahre zeigen



# Punkt für Punkt

Nicht kombinierbar, nicht studierbar, nicht anerkannt und nicht flexibel: Der Bologna-Prozess ist gescheitert. Und nun? Kopf in den Sand stecken? VOM REFERAT FÜR HOCHSCHULPOLITIK

Dieser Artikel beschäftigt sich mit den Mechanismen, die für die problematischen Veränderungen der Studienorganisation verantwortlich sind und fragt danach, wieso diese Reform am Ende nicht nur ihre vorgeblichen Ziele nicht erreicht, sondern die Situation vielfach sogar noch verschlechtert hat. Darüber hinaus sollen hier Ansätze entwickelt werden, wie in und mit den neuen Studiensituationen umgegangen werden kann.

## Die Grundlagen

Studienpunkte (SP), ein Equivalent für 30 Stunden Arbeitsaufwand [1] (workload), sind die elementaren Bausteine der neuen Studiengänge. Sie werden mit Modulabschlussprüfungen (MAP) erworben, wobei die Zensuren gewichtet nach den zugehörigen Studienpunkten in die Abschlussnote eingehen. Die 180 SP, die für einen Bachelor benötigt werden, teilen sich auf sechs Semester a 30 SP auf. Daraus ergibt sich ein Jahrespensum von 1800 Stunden und eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 40 Stunden (bei angenommenen sechs Wochen Urlaub im Jahr). Das Vollzeitstudium entspricht so zeitlich einer Vollzeitbeschäftigung.

Wie jedoch die im Sommersemester 2006 an der HU durchgeführte Studierbarkeitsstudie zeigt, ist die Festlegung des Arbeitsaufwandes auf dieses Pensum eine Illusion: mehr als die Hälfte der Studierenden in neuen Studiengängen gaben an mehr als 40 Stunden Wochenarbeitszeit für ihr Studium auf zuwenden. [2]

## Die Widersprüche

Mit dem Punktesystem soll, so heißt es, die europäische Vergleichbarkeit und Transferierbarkeit der Studienleistungen verbessert und der kontinuierliche Lernfortschritt kontrollierbarer werden. Der Studienpunkt soll also die Anerkennung der an anderen Hochschulen erbrachten Studienleistungen sichern. Das Gegenteil ist jedoch passiert: Die Anerkennung von Studienleistungen ist durch das neue System noch intransparenter und unkalkulierbarer geworden. Nicht einmal innerhalb Berlins lässt sich die früher gängige gegenseitige Anerkennung gewährleisten. Dabei war dies vorhersehbar, denn ein abstraktes Punktesystem ist allein absolut ungeeignet um eine leichtere Anerkennung zu organisieren. Solange die Universitäten weiterhin sehr unterschiedliche Studienordnungen haben und nur anerkennen, was den eigenen Ordnungen entspricht, bleibt auch die unkomplizierte Anerkennung von Studienleistungen an In- und Ausländischen Hochschulen eine Utopie.

Es ist nachvollziehbar, dass viele Studierende derzeit lieber gleich darauf verzichten eine Lehrveranstaltung an einer anderen Uni zu besuchen, ein Auslandssemester zu machen oder die Hochschule während des Studiums zu wechseln.

## Wozu also Studienpunkte?

Wenn das Mittel nicht geeignet ist, das vorgegebene Ziel zu erreichen, so untersuchen wir das Mittel, um das wirkliche Ziel zu erfahren:

Von einem auf Präsenzzeit und Prüfungsleistungen orientierten System (Magister und Diplom) wurde mit Hilfe der Studienpunkte auf ein Arbeitszeitsystem (BA/MA) umgestellt. Standen früher die besuchten Lehrveranstaltungen und der damit verbundene Scheinerwerb (z.B. eine Hausarbeit, oder eine mündliche Prüfung) im Zentrum des Studiums, wird heute die Arbeitszeit der Studierenden in den Studienordnungen festgelegt und dann im Lehrbetrieb kontinuierlich überprüft. Dies führt zu einem veränderten Verhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden, bzw. Studierenden und Hochschule.

War früher ein Lehrangebot die „Bringschuld“ der Hochschule gegenüber den Studierenden, so liegt mit dem Studienpunkt-System die „Bringschuld“ bei den Studierenden, die ihr Arbeitspensum erfüllen müssen. Dieses wird nun von der Hochschule überprüft. So erklären sich die vielen kleinen Extra-Arbeiten und Überprüfungen, die mit dem Bachelor an die Hochschule kamen. [3] Die Studierenden werden dabei zu Arbeitskräften der Universität, was, wie das Kaskadenmodell von Vizepräsident Nagel zeigt, keine bloße Metapher ist.

## Work for Credits

Das Kaskadenmodell ist die Idee, dass Studierende des Masters durch die Studienordnung zur Lehre im Bachelor verpflichtet werden. Dafür erhalten sie dann Studienpunkte als „Bezahlung“ (Zitat Nagel). Dadurch werden Studierende nicht nur als kostenlose Arbeitskräfte von der Universität ausgenutzt, sondern darüber hinaus wird das Lehrangebot, die eigentliche Leistung der Uni gegenüber den Studierenden, von diesen selbst bestritten. Nebenher entzieht sich die Universität also der Verantwortung für die Ausbildung: Der Anspruch der Studierenden auf das Lehrangebot der Universität droht zu verschwinden und wird mit einem Arbeitszeitanspruch der Universität an den Studierenden ersetzt.

## Punkte als Werte?

Durch die Studienpunkte verändert sich aber auch die Beziehung zu den Lehrenden. Die ehemaligen Lehrveranstaltungsanbieter\_innen werden zu autonomen Vergabenstellen von Studienpunkten und nehmen ihre neue Aufgabe offenbar mit Eifer war. Mehr oder minder absichtlich werden einzelne Studienpunkte mit einer zu hohen Belastung versehen und oft sogar mehrmals überprüft. Diese ständige und übertriebene Kontrolle des Erbringens der Arbeitsleistung und die Bereitschaft vieler Studierender dies zu ertragen, beruht m.E. auf der von Dozent\_innen, wie von Studierenden immer häufiger geäußerte Befürchtung der Abschluss könnte durch zu leichte Vergabe von Studienpunkten „entwertet“ werden. Im Kontext von Arbeitslosigkeit und ständigen Kürzungsdrohungen stehen reale Existenzängste hinter diesem Problem. Ein übertrieben hoher Arbeitsaufwand für den einzelnen Studienpunkt soll als Gegenstrategie den „Wert“ des Abschlusses sichern.

Der eigenen Logik des Bologna-Prozesses folgend, geht diese Strategie jedoch nicht auf. Betrachten wir den Wert einer Ware einmal ganz abstrakt als investierte Arbeitszeit bezogen auf die Qualität der Arbeit, so kommen wir

1 Ein ECTS-Punkt ist eigentlich als 25 bis 30 Stunden definiert. Die Humboldt-Universität hat sich dazu entschieden den Maximalwert zur Regel zu machen

2 Siehe Studierbarkeitsstudie S. 36f: Mehr als 40 Stunden pro Woche wenden für ihr Studium auf:  
49% in den alten Monostudiengängen  
36% in den alten Kombistudiengängen  
45% in den neuen Monostudiengängen  
54% in den neuen Kombistudiengängen

Bei den meisten Auswertungen der Studie lässt sich feststellen, dass die Veränderungen in Arbeitszeit und Studienorganisation bei den Kombinationsstudiengängen am gravierendsten sind.

www.studierbarkeit.de

3 Studierbarkeitsstudie S. 79 ff

Die Studierbarkeitsstudie belegt neben dem Anstieg des Arbeitsaufwands, auch einen signifikanten Anstieg der studienbegleitenden Überprüfungen von Lese- und Lernerbeit und der Anwesenheitskontrollen mit Einführung der neuen Studiengänge. Der Unterschied von alten zu neuen Studiengängen ist mehr als deutlich.

für den „Wert“ der „Ware Bachelor“ auf die Formel: Studienpunkte mal Note. Da die Noten im Bologna-spezifischen Verhältnisbenotungssystem (ECTS-Noten) vom Jahrgang und von der Hochschule abhängen, kann das Ansehen der Hochschule als dritter Faktor angesehen werden.

Der „Wert“ eines Bachelor oder Masterabschlusses ergibt sich also virtuell aus der Multiplikation von Studienpunkten (Zeit) mit der zugehörigen ECTS-Note (Leistung) und dem Hochschulstandort (als „Marke“). Genau diese Formel ist das eigentliche Ziel des Bologna-Prozesses:

Die viel beschworene „Vergleichbarkeit“ bekommt nur so wirklich Sinn. Sie soll nicht die Anerkennung von Studienleistungen im Ausland, sondern das Erstellen von Rangfolgen von Stellenbewerber\_innen erleichtern. Jeder einzelne Studienpunkt kann dabei mit seiner Brauchbarkeit für das potentielle Tätigkeitsfeld und seiner Note verknüpft werden. Studienpunkte sind folglich die handhabbare Warenform der Bildung. Durch sie werden die unterschiedlichen Lebensläufe von Menschen vergleichbar und können unkompliziert einem Wert zugeordnet werden. Die im Bolognaprozess angestrebte Flexibilisierung bezog sich so gesehen auch nie auf die Freiheiten von Individuen, sondern auf die die flexiblere Berechenbarkeit selbst eines aus einem ungewöhnlichen Lebenslauf entstehenden „Humankapitals“. Und noch mehr Vorteile zeigen sich für Unternehmen: Sie können viel genauer überprüfen, wann wir wieviele und welche Studienpunkte erworben haben. Damit können sie auch unsere „Leistungsbereitschaft“ kontrollieren. Auf diese Weise werden wir schließlich dazu „motiviert“ all unsere Lebensbereiche unter ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten und zu optimieren.[4]

Doch selbst wenn wir das Grundprinzip der Kapitalisierung unserer selbst akzeptieren würden, bereitet uns ihre Umsetzung an der HU Probleme. Da die Studienpunkte in der obigen Formel dem Zeitfaktor entsprechen, benachteiligt uns eine zu hohe Arbeitsbelastung pro Studienpunkt gegenüber anderen Studierenden. Dies führt dazu, dass entweder unsere Leistung/Note sinkt, oder wir weniger Studienpunkte als empfohlen in einem Jahr machen können. Dies wirkt sich jeweils negativ auf unseren fiktiven Marktwert aus.

### Kund\_in vs. Ware

Eine Definition von Studierenden als „Kund\_innen der Hochschule“ hilft uns im Kampf um unsere Rechte nicht weiter. Dies impliziert, wir hätten eine wirkliche Wahl-



Punktlandung

freiheit an welcher Hochschule wir was studieren und bringt uns in eine untergeordnete Position, in der wir nur zwischen Angeboten wählen, diese jedoch nicht bestimmen können. Betrachten wir unsere Studienpunkte jedoch als zukünftige Waren für den Arbeitsmarkt, die nach oben genannter Formel definiert werden, dann lassen sich neue Strategien für die Hochschulpolitik ableiten:

Wenn wir die Studienpunkte als „Zeit für das Studium“ ernst nehmen, so ist es konsequenter Weise nicht die Hochschule, die uns qualifiziert, sondern wir qualifizieren uns selbst, durch die von uns aufgebrauchte Lernarbeit. Die Aufgabe der Hochschule besteht auch weiterhin darin, eine studierbare Studienordnung, einen gut durchdachten Lehrplan und gute Dozent\_innen bereitzustellen, aber sie soll uns nicht bevormunden, sondern vor allem uns unsere selbst aufgewendete Arbeit mit Studienpunkten zertifizieren.

### Selber Punkten

Wenn an der HU gegenwärtig die Arbeitsbelastung zu hoch ist oder nicht qualifizierende Arbeitsleistungen gefordert werden, wenn das Lehrangebot mangelhaft ist und wir gezwungen werden Veranstaltungen zu belegen, die unseren eigenen Qualifikationszielen nicht entsprechen, leidet darunter unser Abschluss. Wenn die Hochschulen nur anerkennt, was ihr selbst passt (das ist, was sie am wenigsten kostet, oder womit sie sogar noch einen Gewinn macht), wird damit das Studium für uns selbst nicht nur unstudierbar, sondern sogar bezogen auf unsere Berufswünsche und Lebensvorstellungen unbrauchbar.

Es folgt als provokante, aber konsequente Strategie, dass wir die Umwandlung unseres selbstgewählten vielfältigen Wissens in Studienpunkte fordern sollten. Jede fachbezogene Lektüre qualifiziert schließlich. Wenn diese nicht im Studienpunkt-Lebenslauf aufgeführt werden kann, geht dieses Wissen für die eigene „Vermarktung“ auf dem Arbeitsmarkt verloren. Im Gegensatz dazu ließe sich durch eine selbstbestimmte Punktevergabe wieder eine flexiblere und freiere Studienorganisation erreichen. Denn die praktizierte Einteilung in sinnvolles und sinnloses Wissen ist eine Konstruktion der Hochschule, die wir nicht akzeptieren müssen.

4 Zu diesem Thema: „Cluster -Die neue Etappe des Kapitalismus“, April 2008 von Detlef Hartmann und Gerald Geppert

# Vorher gewusst

Die ursprünglich wenig beachtete Idee, statt Diplomen sogenannte Bachelor und Master zu verleihen, hat sich gegen den Widerstand der Studierendenvertretungen durchgesetzt. Inzwischen sehen auch ProfessorInnen die Probleme der Studienreform. Das ist schön - wenn auch reichlich spät. VON DANIEL KRETSCHMAR

*Vor rd. 3 Jahren meinte man, den Baccalaureus Artium (B.A.) einführen zu müssen, um vorzeitigen Studienaussteigern noch einen Abschluß geben zu können. Gleichzeitig sollten damit die geisteswissenschaftlichen Fächer verschult werden. Bislang ist nicht mehr dabei herausgekommen als ein Modellversuch an der Ruhr-Universität Bochum.*

[...]

*Diese Maßnahmen sind nicht Ausdruck eines Konzeptes, sondern spiegeln gerade dessen Fehlen.*

Reader Hochschulpolitik des AStA FU

**D**amit war eigentlich alles gesagt, und zwar bereits im Jahr 1995. Was der AStA der FU nicht ahnen konnte, war, dass die abseitige Idee, diesen B.A. einzuführen, bereits drei Jahre später (direkt im Anschluß an den größten Studierendenstreik der deutschen Nachkriegsgeschichte) zum Leitmotiv des Studienreformprojektes der neugewählten Rot-Grünen Bundesregierung werden sollte. Den europäischen Rahmen zur Reform bereitete dabei die Bolognaerklärung, ein Dokument, das Studierendenvertretungen über Jahre nur resigniert aufstöhnen ließ, wurde doch jede skeptische Bemerkung ihrerseits mit diesem nicht einmal zwei Seiten langen Dokument vom Tisch gewischt. Und kritische Hinweise gab es über die Jahre zur Genüge:

*[...] werden [...] „neue“ Studien- und Prüfungsordnungen (Chemie) durchgeprägt, deren Hauptmerkmale sind: Völlige Verschulung, Fachidiotie, mangelnde (inter)nationale Kompatibilität sowie ein völliger Mangel an Bewußtsein für die sozialen Belange zukünftiger Generationen von Studierenden*

„Der Heuler“, Rostocker Studizeitung, Juni 1999

*Allein im angelsächsischen Raum bestehen über einhundert qualitativ und strukturell unterschiedliche Bachelor-/Master-Abschlüsse, die nur schwer miteinander verglichen werden können. Wie die hiesigen Bachelor-/Master-Abschlüsse international zu mehr Vergleichbarkeit führen sollen, ist unklar.*

HUCh! Nr. 29, Mai 2000

*Es ist nicht mehr möglich, sich selbstbestimmt Bildung anzueignen und zu wählen, sondern die Lerninhalte sind aufgrund der zeitlichen Straffung zum Großteil vorgegeben, was eine Verschulung der Hochschulbildung bewirkt.*

AStA-Info an der EFH Nürnberg, Oktober 2001

Die Zitatensliste ließe sich bis ins unendliche fortführen. Sie ist der leise Nachhall schwerer Kämpfe in den akademischen Gremien um die neuen Studienordnungen, Nachhall vergeblicher Studien, Diskussionen und Proteste. Fast gänzlich unbeachtet blieben die Einwände zweier Generationen Studierender gegen die Studienreform mit dem Brecheisen. Bis hinab auf Fachbereichs-

und Instruktionsebene gab es nur eines: Bachelor um jeden Preis. Die Erprobungsklausel des Hochschulrahmengesetzes wurde zum Imperativ. Sehenden Auges sind die Hochschulen und ihr fürstlicher Stand, die ProfessorInnen, in die Katastrophe gerannt. Dass sie bar jeglicher rationaler Erwägungen den Studienbetrieb in so kurzer Zeit derart drastisch umstellen konnten, ist vor allem ihrer Gremienmehrheit geschuldet. Die Einführung von BA/MA war nicht das Ergebnis eines demokratischen Aushandlungsprozesses, sondern eine Machtdemonstration, auf die die Studierenden keine wirksame Antwort finden konnten. Es blieb bei publizistischer Aktivität, Aufklärungsarbeit unter den KommilitonInnen und schließlich zähe Verhandlungen über kleine Details in den konkreten Studienordnungen. Der Rückzugskampf konzentriert sich bis heute vor allem darauf, einen zentralen Fehler der Reform zu benennen und zu korrigieren:

*Wenn schon nicht von einem Bildungsbegriff ausgehend argumentiert wird, so muss auch die soziale Realität von Studierenden in den Aufbau von Studiengängen miteinbezogen werden.*

HUCh!-Sonderausgabe, Dezember 2000

Den bislang aufwendigsten studentische Beitrag zu diesem Komplex leistete die Studierbarkeitsumfrage an der HU, deren Ergebnis vor allem eines ist - der Nachweis der Nichtstudierbarkeit der neuen Studiengänge.

Anfang September nun ist eine neue Situation eingetreten. Der Deutsche Hochschulverband (DHV), der Berufsverband der HochschullehrerInnen, veröffentlichte ein Papier, das ein finstres Bild zum Stand der Studienreform zeichnet:

*Die neuen im Rahmen der Profilbildung entstandenen Studiengänge seien so spezialisiert, dass ein Studienortwechsel während des Bachelor-Studiums im In- wie Ausland nahezu unmöglich sei.*

DHV, September 2008

Nein, wirklich? Unter anderem diese „Entdeckung“ wurde von der Tagespresse als erschreckende Neuigkeit gehandelt. Vielleicht hätten die ProfessorInnen und JournalistInnen schon vor zehn Jahren mal einen Blick in die Arbeitspapiere und Presseerklärungen der Studierendenvertretungen werfen sollen, dann wäre ihnen dieses böse Erwachen erspart geblieben.

*Zudem habe sich die Zahl der Studienabbrecher erhöht und nicht verringert. Während jeder Fünfte das Universitätsstudium nicht zu Ende führe, sei es unter den Bachelor-Studierenden jeder Vierte.*

DHV, September 2008

Entsprechende Hinweise gibt es ebenfalls seit einem Jahrzehnt, belastbare Zahlen seit ca. fünf Jahren, der



DHV aber hat bis September 2008 gebraucht, um die katastrophalen Auswirkungen der Studienreform öffentlich anzusprechen.

*Die Ergebnisse sind alarmierend und besorgniserregend. Die Wunschvorstellungen der Bologna-Befürworter decken sich nicht mit der Lebenswirklichkeit der Studierenden.*  
DHV, September 2008

Nur, wer sind diese ominösen Bologna-Befürworter? Über Jahre hinweg haben die HochschullehrerInnen ihre studentischen Counterparts in den akademischen Gremien förmlich ausgelacht für geäußerte Kritik. Wohlüberlegte Schlußfolgerungen aus Beobachtungen Studierender wurden als Alarmismus und Reformfeindlichkeit abgetan. Und jetzt sind die Herrschaften auf einmal die Speerspitze der Kritik?

*Der Bologna-Prozess in Deutschland ist nur noch zu retten, wenn massiv gegengesteuert wird.*  
DHV, September 2008

Was genau soll denn da gerettet werden? Eine systemimmanent funktionsfähige Umsetzung der wirtschafts-

konformen Zurichtung der Hochschulen, und nicht zu vergessen: das Gesicht der deutschen ProfessorInnen.

Warum aber sollten Studierende daran ein Interesse haben? Die Evaluation von BA/MA ist überflüssig. Studierende haben diese Arbeit zehn Jahre lang geleistet, die Ergebnisse sind öffentlich zugänglich und abschließend. Die Studienreform ist auf der ganzen Linie gescheitert: für die Studierenden selbst und lustigerweise auch für die Propheten der utilitaristisch auf Wirtschaftsinteressen ausgerichteten Hochschule.

Vordringlichste Aufgabe ist jetzt die Konzentration auf die wirkliche Demokratisierung der Hochschulen, um bei der zweifellos anstehenden Korrektur der Studienreform selbstherrliche Präsidien und Lehrstühle in ihrem ganz unwissenschaftlichen Hals-über-Kopf-Eifer stoppen zu können. Die selbstverschuldete Disqualifizierung der akademischen „Führung“ als fachlich ernstzunehmender Verhandlungspartnerin sollte die Dringlichkeit einer Hochschulstrukturreform deutlich genug machen.

Denn eines ist klar: es kann zwar bisweilen ganz befriedigend sein, im Nachhinein Recht zu haben, besser ist es jedoch, von Anfang an die Mittel in der Hand zu haben, die Katastrophe nicht nur korrekt vorhersagen, sondern sie auch verhindern zu können.

# Eine Reform ist eine Reform ist eine Reform

Bedrohen Studiengebühren die Konkurrenzfähigkeit des Standorts? VON MAGNUS KLAUE

Der fortdauernde Streit um die Einführung von Studiengebühren in einzelnen Bundesländern droht mittlerweile den Protest gegen die wirklich bedrohlichen Konsequenzen der jüngsten Hochschulreformen, wie sie unter den Schlagworten „Bachelor“, „Modularisierung“ und „Clusterbildung“ verhandelt werden, völlig zu überlagern.

Nachdem in Hessen bereits im Juni im Widerstand gegen Ministerpräsident Roland Koch und unter Nutzung der rot-rot-grünen Mehrheit die eingeführten Studiengebühren wieder gekippt wurden, werden angesichts der bundesweit sinkenden Studentenzahlen nun die Stimmen lauter, denen zufolge auch das von konservativen Bildungspolitikern avisierte Ziel, mehr qualifizierten Nachwuchs für Europas Leitnation bereitzustellen und etwas gegen die allseits beklagte Mittelmäßigkeit deutscher Universitätsabsolventen zu tun, durch das Gebührenmodell torpediert würde. Die unter linken Bildungspolitikern verbreitete Annahme, Konservative seien a priori bornierte Befürworter von Studiengebühren, weil auf diese Weise ihre eigene Klientel besser bedient und die „Arbeiterklasse“ von höheren Bildungsmöglichkeiten ausgeschlossen würde, entspricht insofern nicht mehr der Wirklichkeit.

Sollte der Trend zu sinkenden Studentenzahlen sich verfestigen, dürfte das Modell der auf strikte soziale Auslese zielenden Gebühren, das in Deutschland, wo man von Beginn an auf ein „flexibles“ Stipendien-, Bafög- und Kreditsystem Wert gelegt hat, ohnehin nicht zur Debatte stand, wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit bald der Vergangenheit angehören. Sollte überdies der allen Versprechungen von Bachelor-Experten Hohn sprechende Trend zu einem Anstieg der Studienabbrecherquoten anhalten, steht mit Sicherheit bald die nächste „Reform“ an, die dann unter dem Vorzeichen des „sozialen Ausgleichs“ stehen wird.

Es wäre einiges gewonnen, wenn der politisch organisierte Teil der Studierenden die Fixierung auf inneruniversitär ausagierte Klassenkämpfe zugunsten einer präziseren Analyse der spezifischen sozialen und institutionellen Formen aufgab, die sich im Zeitalter der „Modularisierung“ innerhalb der Universität herausbilden.

Sonst dürften die jetzigen Aktivisten bald erleben, wie ihr eigenes Präsidium ihnen wegen ihrer „konstruktiven Kritik“ im Namen der Bildungsnation auf die Schulter klopft. Aber vielleicht wünschen sie sich ja genau das.

## Nachdruck

aus konkret 9/2008, mit freundlicher Genehmigung des Autors

# Mensa zu? Wohnheim ungeputzt?

Im Studentenwerk droht ein Arbeitskampf. VON KARSTEN SCHULD

Die Universität ist immer auch ein Arbeitsplatz, nicht nur für wissenschaftliche Angestellte, die Verwaltung und Studierende. Zur Aufrechterhaltung der technischen Infrastruktur, zum Betrieb der Mensen, für Putzaufgaben, bei Renovierungen und Neubauten ist die Universität auf Menschen angewiesen, die sich während ihrer Arbeit nicht mit Forschung und Lehre beschäftigen. Spannend sind solche Jobs oft nicht, sie tragen auch nicht unbedingt zur Weiterentwicklung eines Forschungsfeldes bei. Doch täte sie niemand, wären auch kein Studium und keine Wissenschaft möglich.

## Studierende unterstützen

Ein Großteil dieser Arbeiten wird in Deutschland vom jeweiligen Studentenwerk organisiert. Aufgabe des Studentenwerks ist es, die soziale, ökonomische und kulturelle Betreuung von Studierenden zu organisieren. Dazu gehört heute die Verwaltung des Bafög, der Betrieb der meisten Cafeterien, Wohnheime, eigener Kindertagesstätten und studentischer Arbeitsvermittlungen. Zudem vertreten die Studentenwerke die Interessen von Studierenden gegenüber der Politik, geben regelmäßig eine Sozialerhebung heraus und sprechen sich beständig gegen Studiengebühren aus. Sie sind eine fraglos wichtige Serviceagentur für Studierende.

Seit 2003 hat das Berliner Studentenwerk eine eigene Zeitschrift, das Werkblatt. Folgt man der Darstellung in diesem Blatt, machen die Angestellten des Studentenwerks ihre gesamte Arbeit gerne und scheinen motiviert zu sein, andere beim Studium zu unterstützen. Egal welcher Arbeitsbereich im Werkblatt dargestellt wird: immer sind die Menschen konzentriert bei der Arbeit, die Bilder groß und ästhetisch. In den Texten machen die Befragten dann kleine Witze über das Verhalten von Studierenden, aber im großen und ganzen scheint alles gut zu laufen.

## Eigene Interessen

Doch wenn eine Einrichtung sich, trotz ihrer wichtigen Arbeit, hinter solchen Hochglanzbroschüren verschanzte, kann man davon ausgehen, dass das Bild nicht ganz stimmig ist. Das ist zum Beispiel bei den Angestellten so: es mag sein, dass sich ein Großteil von ihnen freut, Studierende unterstützen zu können. Dennoch ist

auch die Arbeit im Studentenwerk ein Job, inklusive des Interessengegensatzes von Leitung und Angestellten. Die Leitung des Studentenwerks versucht die Kosten ihrer Angebote gering zu halten, die Angestellten versuchen, von ihrer Arbeit unter anderem gut leben zu können.

Dieser Gegensatz zwischen Leitung und Angestellten wird, wie auch in anderen Branchen, hauptsächlich in Tarifverhandlungen ausgetragen. Dies passiert aktuell in Berlin. Es gibt über diese Verhandlungen nur Informationen der Gewerkschaft ver.di, dass Studentenwerk äußerte sich bislang nicht. Folgt man den Darstellungen von ver.di sieht der Vorschlag des Studentenwerkes nun vor, leichte Lohnsteigerungen für höhere Lohngruppen durch Einsparungen unterer Lohngruppen zu finanzieren. Untere Lohngruppen bedeutet vor allem die körperlich schwere Arbeiten, beispielsweise im Küchenbereich oder bei Putzarbeiten. Hier soll nach Vorstellungen des Studentenwerkes demnächst bei Neueinstellungen generell weniger gezahlt und die Löhne trotz Inflation und steigenden Preisen für Lebensmittel, Strom und Miete über Jahre hin konstant gleich niedrig gehalten werden. Zwar verdienen Angestellte des Studentenwerks monatlich mindestens 1377, im Durchschnitt 1900 Euro, was für Studierende eine oft unerreichbare Summe darstellt. Dies aber potentiell ein Leben lang für eine Arbeitswoche von demnächst 38,5 bis 40 Stunden und ohne die steuerlichen und sonstigen Vergütungen von Studierenden. Es geht Angestellten des Studentenwerkes zudem, anders als Studierenden, darum, ihr Leben langfristig mit dieser Arbeit finanzieren zu können.

Im Gegensatz zu den Darstellungen im Werkblatt ist die Stimmung unter den Angestellten, insbesondere denen außerhalb der Verwaltung, eher schlecht. Angesichts der ständigen Preissteigerungen, steigenden Arbeitsanforderungen und einem seit Jahren relativ stagnierenden Lohn, verlangen viele offenbar deutliche Tarifverbesserungen. Diese Situation hat sich seit einigen Jahren zugespitzt und könnte demnächst eskalieren. Obwohl beide Seiten weiter verhandeln, sieht es so aus, als ob der Universität zu Beginn des Wintersemesters 2008/2009 etwas bevorstehen könnte, was an anderen Arbeitsplätzen auch normal ist: ein Streik für bessere Arbeits- und Tarifbedingungen. Man sollte sich im Klaren sein, dass es dabei auch darum gehen wird, ob die Angestellten des Studentenwerkes von ihrer Arbeit für Studierende ordentlich leben können.

### Tarifinformationen

[biwifo.bb.verdi.de/studentenwerk](http://biwifo.bb.verdi.de/studentenwerk)

### Studentenwerk

[studentenwerk-berlin.de](http://studentenwerk-berlin.de)

## Impressum

„A dynamic university in a modern population centre simply can't be isolated from the realities, human or otherwise, that surround it.“ – Hunter S. Thompson

- **Anschrift** HUCh! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung; Unter den Linden 6; 10099 Berlin. [huch@refrat.hu-berlin.de](mailto:huch@refrat.hu-berlin.de) [www.refrat.de/huch](http://www.refrat.de/huch)
- **HerausgeberIn** ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. ASTA).
- **Redaktion** Katharina Paar, Nelo Locke, Tobias Becker, Daniél Kretschmar (V.i.S.d.P) **Layout** Tobi **Druck** Union Druck **Auflage** 3.000

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben, unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung bei:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

**Redaktionsschluss** für die Nr. 57 ist 5. November 2008

# Alles nur 68?

Der AStA FU präsentiert eine Gegengeschichte der Freien Universität Berlin? VON EMIL BARTH

**B**erühmt und berüchtigt ist die Freie Universität Berlin vor allem wegen jener Ereignisse, die unter dem Chiffre „1968“ in diesem Jahr zu einer endlosen Fülle an Jubiläumsveranstaltungen geführt haben: Rudi Dutschke, Vietnam-Protest, Sit-Ins und Teach-Ins, Sommer der Liebe etc.- die FU und ihr Campus im Grünen Dahlem bot die Bühne für all jene Spektakel.

Mittlerweile sind die Ereignisse zum Klischee geworden, spätestens seit mit Rot-Grün die Alt-68er ihren Marsch auf die Institutionen in der Bundesregierung angekommen waren, wurde die Erinnerung an die Studierendenbewegung der 60er für heutige Proteste mehr zum Hindernis als zur Inspiration. Allerorten sitzen sie nun, die ehemaligen RebellInnen, sonnen sich in ihren Erinnerungen, die dabei als eine Mischung aus Jugendsünden, Kinderkrankheit und Initiationsritual erscheinen. Im besten Falle dominiert eine liberale Sichtweise auf die Ereignisse: Man habe die Bundesrepublik „kulturell neu gegründet“ und demokratisiert, aber der damals gepflegte „linke Radikalismus“ sei von jeher utopisch und ziellos gewesen.

Angesichts dieser erstickenden Deutung ist es um so spannender, dass zum Semesterbeginn der AStA der FU unter dem Titel „FU 60 - Gegendarstellungen“ eine Sammlung von Texten zur Geschichte der FU vorlegt, die gegen den Trend geht. Statt 68er Nostalgie wird hier die ganze Bandbreite studentischer Proteste und Bewegungen an der FU gezeigt, von der Gründung vor sechzig Jahren bis hin zum Widerstand gegen den Elite-Wettbewerb im Jahr 2008.

Am 4. Dezember 1948 wurde die FU im Festsaal eines zerbombten Hotels am Potsdamer Platz gegründet. Die Gründung erfolgte durch die Studierenden selber, aus Protest gegen die zunehmende Stalinisierung der Lehrinhalte an der damaligen Universität unter den Linden (heute die Humboldt-Universität). Die FU begann also als Gegen-Uni, Ergebnis eines Studierendenprotestes. Das sah man der jungen FU durchaus an: Studierende verwalteten ihre Uni selbst, entschieden über Immatrikulationen und Lehrinhalte. In den 50ern hingegen versandete die Aufbruchsstimmung, die FU verwandelte sich eine der üblich-autoritären „Ordinarienuniversitäten“ mit dem Charme und der demokratischen Kultur des Hochmittelalters. Erst vor diesem Hintergrund wird so recht verständlich, wie sich in den 60ern aus einem Kampf um universitäre Demokratie und Meinungsfreiheit eine Bewegung entwickelte, die weit über den Schauplatz Universität heraus wirkte.

Beide Schlüsselereignisse, die FU-Gründung und die Radikalisierung der Studierendenbewegung werden in der Broschüre durch einen Text von FU-Gründungsstudent Klaus Heinrich beschrieben, der den „68ern“ stets in kritischer Solidarität verbunden war.

Ein weiteres Jubiläum, nämlich der zwanzigste Jahrestag des Unimut-Streiks von 1988, findet in der Veröffent-

lichung ebenfalls breiten Raum, zusätzlich gibt es Artikel über den nahezu vergessenen studentischen Massenstreik des Jahres 1976 in West-Berlin sowie eine Reihe von Artikeln die sich kritisch mit der Gegenwart der FU auseinandersetzen. Hier sind vor allen Dingen Stichworte wie Eliteuni, Bachelorreform und Prekarisierung interessant, die das Scheitern der aktuellen Hochschulreform kennzeichnen, das sich vor dem historischen Hintergrund noch greller abhebt als größte Krise des (west-)deutschen Hochschulwesens in der Nachkriegsgeschichte.

Im letzten Kapitel, dem „Subjektiven Faktor“, ist es der Redaktion dann gelungen, FU-Studierende aus vier Jahrzehnte nach ihren Erfahrungen zu befragen. Von 1969 bis ins Sommersemester 2008 reichen die Erfahrungsberichte, die ganz eigene und schillernde Beschreibungen des Studierens an der FU liefern und in ihrem Humor unübertroffen sind.

Selbst bei oberflächlicher Lektüre der „Gegendarstellungen“ wird sichtbar: Wenn die FU eine Tradition hat, dann ist es eine Tradition von gesellschaftliches Engagement und Protest gegen die Missstände in Hochschule und Gesellschaft. Über Form und Inhalt des Lernens an dieser Universität gab es immer Auseinandersetzungen, in denen sich vor allem die Studierenden entschieden positioniert haben. Wer diese Auseinandersetzungen kennt, bemerkt schnell, dass die vermeintlichen „Sachzwänge“ und Weichenstellungen der Vergangenheit keineswegs unausweichlich waren. Sie sind Ergebnisse von Machtkämpfen, die auch anders hätten ausfallen können.

Gleichzeitig fällt auf, dass gesellschaftliche und universitäre Kämpfe aufs engste zusammenhängen. Die FU mit ihrem verschiedenen Wellen von Protest und Restauration ist hier ein Musterbeispiel, eine Nachkriegsgeschichte der BRD in Miniatur. Auch und gerade deswegen lohnt die Lektüre, nicht nur für Studierende anderer Unis, sondern für alle historisch Interessierten.



## Die Broschüre

Ab sofort erhältlich im AStA FU, für Berliner Studierende kostenlos, für Externe gegen eine Schutzgebühr von 8 Euro zu bestellen unter [info@astafu.de](mailto:info@astafu.de)



## NFJ Seminare

**18. Oktober 2008**

Politik schreiben  
Flyer, Broschüren und Ankündigungstexte interessant, cool und politisch schreiben.

**1. November 2008**

Allet Natur, oda watt?  
Biologische Fakten? Hormonkonzentrationen? Fortpflanzung? Eine Einführung in die feministische Naturwissenschaftskritik.

Infos & Anmeldung jeweils unter:  
[info@naturfreundejugend-berlin.de](mailto:info@naturfreundejugend-berlin.de)

## Zuschuss zum Semesterticket – Hier gib'ts Geld!

Zur Zeit können alle Neuimmatriulierte der HU einen Zuschuss zur Semesterticketgebühr aus dem Sozialfonds beim Semesterticketbüro des RefRats beantragen. Je nach sozialer Lage und Härte der Situation, wird über die Gewährung eines Zuschusses bis zum vollen Semesterticketbeitrag, derzeit noch 160,50 € (einschließlich Sozialfondsbeitrag) pro Semester, entschieden.

Was du dazu wissen willst, erfährst du im Semesterticketbüro oder im Netz unter [www.refrat.de/semnix](http://www.refrat.de/semnix). Dort bekommst du auch Antragsformulare.

### Semesterticketbüro des ReferentInnenrats

Unter den Linden 6  
10099 Berlin

Hauptgebäude  
Raum 1042

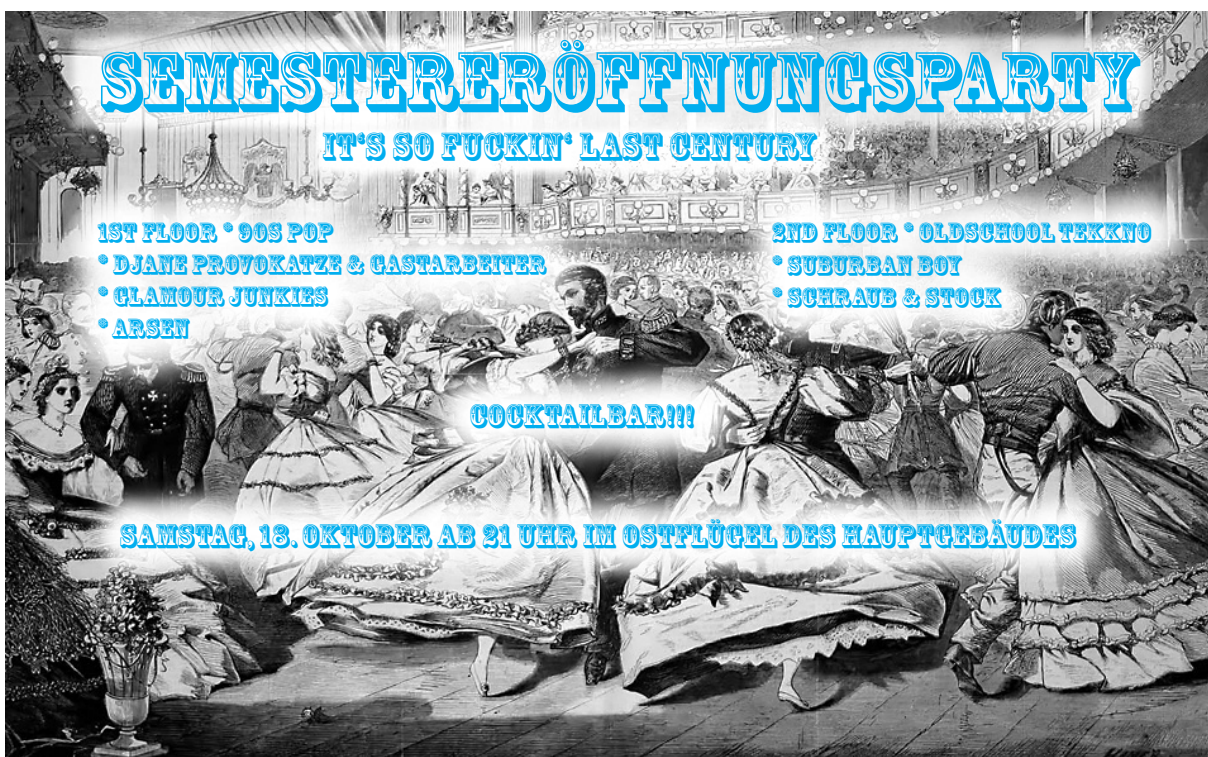
Tel.: 2093-2082  
Fax: 2093-2092

[semnix@refrat.hu-berlin.de](mailto:semnix@refrat.hu-berlin.de)  
[www.refrat.de/semnix](http://www.refrat.de/semnix)

Öffnungszeiten:

Mo. 12 – 15 Uhr

Mi. 12 – 19 Uhr



## Studentische Sozialberatung

an der Humboldt-Universität

### Allgemeine Sozialberatung

Sprechzeiten  
Mittwoch 14–16 Uhr  
In den Semesterferien:  
Mittwoch 14–16 Uhr

Monbijoustraße 3/Raum 16  
Tel.: 20 93 - 19 86  
Email: [beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de)

### Unterhalts- und BAföG-Beratung

Sprechzeiten  
Montag, Mittwoch und Donnerstag 14:30 - 18 Uhr  
März, August und September:  
Mittwoch 10 - 14 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 15  
Tel.: 20 93-10 60  
E-Mail: [beratung.bafog@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.bafog@refrat.hu-berlin.de)

### Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Sprechzeiten  
Montags 12 - 15:30 Uhr  
Mittwochs 10 - 13:30 Uhr  
März, August und September:  
Mittwoch 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 16  
Tel.: 20 93-19 86 Internet: [www.refrat.de/soziales/stuki](http://www.refrat.de/soziales/stuki)  
E-Mail: [beratung.kind@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.kind@refrat.hu-berlin.de)

### Beratung für ausländische Studierende

Sprechzeiten  
Montag 10 - 14:30 Uhr; Mittwoch 10 - 19 Uhr  
Donnerstag 13:30 - 18 Uhr  
März, August und September:  
Mittwoch 10 - 15 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 6  
Tel.: 20 93-10 62 Internet: [www.refrat.de/soziales/befas](http://www.refrat.de/soziales/befas)  
E-Mail: [beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de)

### Enthinderungsberatung

Sprechzeiten  
Montags 13:30 - 18 Uhr; Mittwochs 9 - 13:30 Uhr  
März, August, September:  
Mittwochs 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 5  
Tel.: 20 93-21 45  
E-Mail: [beratung.enthuenderung@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.enthuenderung@refrat.hu-berlin.de)  
Internet: [www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthuenderung](http://www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthuenderung)

### Allgemeine Rechtsberatung

Sprechzeiten  
Mittwoch 18-20 Uhr  
In den Semesterferien:  
Mittwoch 18-20 Uhr, 14-tägig

Monbijoustraße 3/ Raum 16

### Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Sprechzeiten  
Donnerstag 12-14 Uhr, 14-tägig

Dorotheenstraße 17/ Raum 2  
aktuelle Termine: [www.refrat.de/ust](http://www.refrat.de/ust)

### Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Sprechzeiten  
Montag 9 - 13 Uhr; Mittwoch 14 - 18 Uhr  
März, August, September: Mi 14 - 18 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 5  
Tel.: 20 93-21 45 [www.refrat.de/soziales/arbeit](http://www.refrat.de/soziales/arbeit)  
E-Mail: [beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de)

Mit dem Bus zum Bildungsprotest  
Morgens nach Dresden, abends zurück.



**22. Oktober, Abfahrt 7 Uhr ab Alex**  
Infos und Anmeldung: [vorsitz@asfh-berlin.de](mailto:vorsitz@asfh-berlin.de)